

## Protokoll

Gremium: Schulausschuss

---

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 29.04.2026  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 20:04 Uhr  
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

### Anwesend:

#### Vorsitzende/r

Herr Hermann Nee

#### Mitglieder

Frau Lina Bischoff

Frau Maria Bruns

Frau Evelyn Fisbeck

Frau Merle Heßler

Herr Axel Hohnholz

Frau Kerstin Icken

Herr Frank Lukoschus

Frau Susanne Miks

Herr Stefan Pfeiffer

Vertr. für KA Lamers

Frau Birgit Rowold

Herr Frerk Schmidt

Vertr. für KA Preussner

Frau Irmgard Stolle

Herr Alexander von Essen

Frau Kira Wiechert

#### von der Verwaltung

Frau Landrätin Karin Harms

Herr Erster Kreisrat Ralf Denker

Herr Kreisrat Dr. Thomas Jürgens

Herr Christian Martens

#### hinzugewählte Mitglieder

Herr Tammo Fiebig, Vertreter der Arbeitnehmerorganisation der Vertr. für Janßen-Menkhaus

Herr Krumnow, Vertr. d. Lehrkräfte der allgem. Schulen

Herr Martin Mansdotter, Vertreter der Lehrerschaft

Herr Dr. Ole Westerhoff, Schulleiter BBS Ammerland

Frau Jessica Winter, Vertr. der Erziehungsab.

## **Abwesend:**

### Mitglieder

Frau Susanne Lamers  
Herr Hartwin Preussner

### hinzugewählte Mitglieder

Louisa Ebelingq, Vertr. d. Erziehungs- u. d. allg. Schulen

Frau Claudia Janßen-Menkhaus, Vertreterin der Arbeitnehmerorganisation

Herr Holger Ukena, Vertretung der Arbeitgeberorganisation

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 06.11.2025
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Erweiterung der Berufsbildenden Schulen Ammerland um die 2-jährige Berufsfachschule Sozialpädagogik  
Vorlage: BV/022/2026
- 7 Änderung Raumprogramm Neubau Astrid-Lindgren-Schule in Rostrup  
Vorlage: BV/023/2026
- 8 Mitteilungen der Landrätin
- 9 Anfragen und Hinweise
- 10 Einwohnerfragestunde
- 11 Schließung der öffentlichen Sitzung

## **Öffentlicher Teil**

### **Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Nee eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Schulausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

### **Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Vors. Nee stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

### **Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Vorsitzender Nee fragt, ob es Änderungswünsche zur vorgelegten Tagesordnung gebe.

KA Bruns merkt an, dass es zielführender sei, wenn der Schulausschuss und der Ausschuss für Feuerschutz und Bau gemeinsam in einer Sitzung tagen und den TOP 7 erörtern würden. Aufgrund der Thematik sei es wichtig, dass auch die Mitglieder des Ausschusses für Feuerschutz- und Bau hieran teilnehmen. Ihrer Meinung nach könne so kein Beschluss gefasst werden, sondern lediglich beraten werden.

EKR Denker teilt mit, dass zwei unterschiedliche Aspekte in die Betrachtung zu nehmen seien. Der Schulausschuss habe ausschließlich über die schulfachlichen und pädagogischen Aspekte des Raumprogramms zu beraten und entscheiden. Es sei durch den Schulausschuss zu prüfen, ob mit dem vorgelegten neuen Raumprogramm pädagogische Konzepte und schulische Anforderungen angemessen umgesetzt werden können. Alle Fragen, die die bauliche Umsetzung, d. h. technische Details, Kubatur, Kosten oder sonstige organisatorische Belange betreffen, würden hingegen in die Zuständigkeit des Bauausschusses fallen. Aus seiner Sicht sei es wichtig, klare Verantwortlichkeiten sicherzustellen und Überschneidungen zu vermeiden. Nach den Beschlussfassungen durch die Fachausschüsse werden die Sachverhalte zusammen im Kreisausschuss und für die Planungsentscheidung im Kreistag weiter beraten. Zudem weist er darauf hin, dass die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Feuerschutz und Bauwesen gehört werden können, wenn der Vorsitzende ihnen das Wort erteile.

KA Lukoschus schließt sich den Ausführungen von KA Bruns an. Er ist der Meinung, dass gemeinsam über diese Thematik zu beraten sei und man den Gästen, Fachplanern und Mitgliedern des Feuerschutz- und Bauausschusses die Möglichkeit einräumen müsse, sich zu äußern.

KA Fittje wird das Wort erteilt. Er hält die Trennung in eine schulfachliche und bauliche Betrachtung für künstlich und ist der Meinung, dass gemeinsam durch alle

Ausschussmitglieder der beiden Ausschüsse zu beraten sei. Er bittet darum, dass dieser Tagesordnung gemeinschaftlich beraten werde.

EKR Denker schlägt vorbehaltlich eines mehrheitlichen Beschlusses vor, die Sitzung des Schulausschusses zu unterbrechen und sie parallel zur Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz und Bauwesen um 18 Uhr fortzusetzen, da dann zu der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz- und Bauwesen eingeladen worden sei. Den jeweiligen Vorsitzenden der Ausschüsse obliege es dann, den nicht zugehörigen Ausschussmitgliedern das Wort zu erteilen.

Frau Miks erkundigt sich, ob dann alle Mitglieder ein Stimmrecht hätten oder nur die Mitglieder des jeweilig zuständigen Ausschusses.

EKR Denker führt erläuternd aus, dass rechtlich zwei parallele Sitzungen stattfinden würden. Sollte der Schulausschuss zu dem Ergebnis kommen, dass das vorgeschlagene Raumprogramm nicht mit den schulfachlichen und oder pädagogischen Anforderungen vereinbar sei, könne er dies feststellen und zusätzlichen Raumbedarf benennen. Im Anschluss daran erfolge die weitere Behandlung im Bauausschuss.

KA Bruns schlägt vor, die Tagesordnung bis auf den Top 7 „Änderung Raumprogramm Astrid-Lindgren-Schule in Rostrup“ durchzuführen und diesen nach einer Sitzungsunterbrechung parallel zum Ausschusses für Feuerschutz- und Bauwesen zu beraten.

Vorsitzender Nee lässt über diesen Vorschlag abstimmen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

#### **Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 06.11.2025**

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

#### **Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

#### **Zu TOP 6 Erweiterung der Berufsbildenden Schulen Ammerland um die 2-jährige Berufsfachschule Sozialpädagogik Vorlage: BV/022/2026**

Schulleiter Dr. Westerhoff verweist auf den Sachverhalt in der Vorlage. Er erläutert kurz die Einführung des Bildungsgangs für den bereits 20 Anmeldungen vorliegen würden.

KA Stolle spricht sich für die Einrichtung des Bildungsganges aus. Sie fragt nach, wie der Antrag im Hinblick auf die rechtlichen und personellen Voraussetzungen zu verstehen sei.

Schulleiter Dr. Westerhoff teilt mit, dass das benötigte Personal vom Land gestellt werde und ausreichend vorhanden sei. Zusätzliche Räume seien nicht erforderlich.

KA Miks fragt nach, ob dieses neue Angebot in Vorbereitung auf die bestehende 2-jährige Berufsfachschule Pädagogische Assistenz zu sehen sei. Im Weiteren fragt sie nach, ob man mit der Beendigung der 2-jährigen Berufsfachschule Sozialpädagogik einen Abschluss oder Ähnliches erreicht habe.

Schulleiter Dr. Westerhoff erläutert, dass die 2-jährige Berufsfachschule zum Erwerb eines Realschulabschlusses führe. Dieser sei notwendig, um die 2-jährige Berufsfachschule Pädagogische Assistenz zu besuchen, um dann noch die 2-jährige Erzieher/-innen Ausbildung zu absolvieren.

KA Lukoschus ist der Meinung, dass die Erweiterung um die 2-jährige Berufsfachschule Sozialpädagogik zu unterstützen sei. Er stelle sich in Bezug auf die Attraktivität die Frage, ob die pädagogischen Assistenzkräfte für eine Einrichtungen von Interesse seien oder ob nicht grundsätzlich die Einstellung von Erzieher/-innen angestrebt werde.

Schulleiter Dr. Westerhoff erläutert, dass es seiner Information nach in den Kitas einen festgelegter Personalschlüssel mit Erst- und Zweitkräften gebe. Die Erzieherinnen und Erzieher würden die Funktion der Erstkraft übernehmen und sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten in der Regel als Zweitkräfte eingesetzt. Letztere werden jedoch ausdrücklich nicht abgewertet, sondern man könne es vielmehr als Einstieg in eine weiterführende Qualifikation zur Erzieherin bzw. zum Erzieher sehen. Insgesamt bestehe in den Einrichtungen ein großes Interesse, das Personal weiterzuentwickeln und zu qualifizieren.

KA Wiechert teilt mit, dass die Einführung dieses neuen Bildungsgangs zu unterstützen sei, da auch Assistenzkräfte in den Einrichtungen benötigt werden. Sie fragt nach, ob während der 2-jährigen Berufsfachschule Sozialpädagogik im Rahmen von Praktika o. ä. praktische Erfahrungen gesammelt werden.

Schulleiter Dr. Westerhoff antwortet, dass während dieser 2-jährigen Schulzeit im Rahmen von Praktik praktische Erfahrungen gesammelt werden. In erste Linie gehe es aber darum, den Realschulabschluss zu erreichen.

KA Miks berichtet aufgrund ihrer beruflichen Erfahrung, dass es so sei, dass sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten häufig zunächst in dieser Funktion tätig seien. Viele von ihnen seien noch sehr jung und würden zunächst praktische Berufserfahrung sammeln. Im Laufe der Zeit würden sie sich für eine weiterführende Qualifikation, insbesondere die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher entscheiden.

Es wird einstimmig beschlossen:

Am Schulstandort in Rostrup wird zum Schuljahr 2026/2027 der Bildungsgang 2-jährige Berufsfachschule Sozialpädagogik eingerichtet.

**Zu TOP 7 Änderung Raumprogramm Neubau Astrid-Lindgren-Schule in Rostrup  
Vorlage: BV/023/2026**

*Hinweis: Der Tagesordnungspunkt 7 wird aus protokollarischen Gründen im Folgenden aufgenommen. Im Sitzungsverlauf wurden die Tagesordnungspunkte 8 bis 10 sowie 12 bis 15 behandelt. Die Beratung des Tagesordnungspunktes 7 wurde nach einer Unterbrechung um 17:36 parallel zum Ausschuss für Feuerschutz- und Bauwesen um 18:10 Uhr fortgesetzt.*

Vors. Nee verweist auf die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 3 und lässt auch Wortbeiträge der Ausschussmitglieder des Ausschusses für Feuerschutz- und Bauwesen zu.

*Hinweis: Vors. KA Dr. Fittje hat im Ausschuss für Feuerschutz- und Bauwesen im Vorfeld darauf hingewiesen, dass über die Beschlussvorschläge getrennt abgestimmt werde und nur die jeweiligen Ausschussmitglieder stimmberechtigt seien.*

Vors. Nee bittet die Verwaltung zunächst um Sachvortrag.

EKR Denker verweist auf den Sachverhalt in der Vorlage. Er führt ergänzend aus, dass das ursprüngliche Raumprogramm im März 2025 durch den Schulausschuss beschlossen und auf dessen Grundlage eine Kostenschätzung erstellt worden sei. Diese sei in nicht vertretbarer Höhe ausgefallen. Im Zuge der weiteren Bearbeitung wurde ein schulfachlicher Berater hinzugezogen, um eine fundierte reduzierte Planung zu begleiten. Ziel sei ein reduziertes Raumprogramm gewesen, dass die pädagogische Qualität oder die funktionalen Anforderungen nicht wesentlich beeinträchtigt. Dies sei seiner Meinung nach gelungen. Der gesamte Prozess erfolgte in enger Abstimmung mit der Schulleitung der Astrid-Lindgren-Schule. Im Ergebnis konnte die ursprünglich vorgesehene Nutzfläche von rund 7.500 m<sup>2</sup> auf etwa 6.500 m<sup>2</sup> reduziert werden. Nach erneuter Kostenschätzungen wurde der Baukörper ein weiteres Mal leicht angepasst, sodass die endgültige Fläche nun bei rund 6.200 m<sup>2</sup> liege. Weitere Einschnitte bei den Nutzflächen seien nicht vertretbar.

EKR Denker macht deutlich, dass diese Anpassungen insbesondere den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschuldet seien. Gleichzeitig wurde darauf geachtet, die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie ein qualitativ angemessenes Bildungsangebot sicherzustellen. Die Verwaltung sei davon überzeugt, dass mit dem überarbeiteten Raumprogramm die pädagogischen Konzepte der Schule weiterhin voll umsetzbar seien. Im Weiteren verweist er auf die Ausführungen und die Übersicht in der Vorlage.

KA Bruns merkt kritisch an, dass die vorgenommenen Änderungen am Raumprogramm nur schwer nachvollziehbar seien. Insbesondere bleibe unklar, welche konkreten Flächen oder Inhalte reduziert wurden und wie sich dies auf die

ursprüngliche Planung mit 26 Klassen- und 26 Differenzierungsräumen auswirke. Sie erkenne an, dass Anpassungen zur Reduzierung von Flächen und Kosten erforderlich waren. Sie habe Zweifel, ob die räumliche Ausgestaltung – insbesondere im Hinblick auf Raumgrößen, Differenzierungsflächen und zusätzliche Funktionsräume wie Küchen – weiterhin stimmig und bedarfsgerecht sei. Zudem vertritt sie die Auffassung, dass die vorgenommenen Änderungen nicht ausreichend transparent dargestellt worden sind. Aus ihrer Sicht sei eine fundierte Bewertung aus diesem Grund nur eingeschränkt möglich.

EKR Denker teilt mit, dass im Zuge der Überarbeitung verstärkt auf eine multifunktionale Nutzung von Räumen gesetzt wurde. Die ursprünglich vorgesehenen 26 Klassen- sowie 26 Differenzierungsräume blieben, wie auf Seite 1 der Vorlage beschrieben, unverändert erhalten. Mit Blick auf die Reduzierung der Gesamtfläche wurde der Fokus auf das zwingend notwendige Maß gelegt. Die funktionalen und pädagogischen Anforderungen würden nach wie vor erfüllt werden. Anpassungen würden vor allem eine effizientere Flächennutzung, etwa durch schmalere, aber normgerechte Flure und die stärkere Bündelung von Räumen betreffen. Auch spezifische Ausstattungsanforderungen, beispielsweise im Küchenbereich, blieben bestehen.

KA Wiechert ist der Auffassung, dass das ursprünglich beschlossene Raumprogramm den Anspruch einer qualitativ guten Schule erfüllt habe und dies weiterhin sichergestellt werden müsse. Den Schülerinnen und Schülern dürfen durch die Anpassungen keine Nachteile entstehen. Sie frage sich, wie es möglich sein könne, dass innerhalb kurzer Zeit erhebliche Flächeneinsparungen vorgenommen werden konnten, ohne dass dies Auswirkungen auf die Qualität habe. Sie frage sich, ob verbindliche Vorgaben oder Richtlinien für Raumgrößen und Ausstattung existieren und inwieweit diese in der aktuellen Planung eingehalten werden. Im Weiteren fragt sie, ob die Planung noch weiter eingeschränkt werden könne, sollte es zu keiner Beschlussfassung kommen. Sie bittet auszuführen, welchen konkreten Mehrwert die neue Planung im Vergleich zum aktuellen Standort in Edeweicht für die Schülerinnen und Schüler biete.

EKR Denker erklärt, dass es selbstverständlich verbindliche Anforderungen gebe, die eingehalten werden müssen und werden. Gleichzeitig sei es notwendig, sich darüber Gedanken zu machen, welche zusätzlichen Leistungen man sich darüber hinaus leisten wolle. Aus wirtschaftlichen Gründen wurde das Raumprogramm auf ein angemessenes Maß reduziert. Das vorliegende Konzept verzichte auf besondere Ausstattungen, wie etwa ein Schwimmbad oder eine große Sporthalle und konzentriere sich stattdessen darauf, die absolut notwendigen Anforderungen einer GE-Förderschule zu erfüllen. EKR Denker betont, dass damit vor dem Hintergrund der aktuellen Situation eine deutliche Verbesserung erreicht werde.

Vorsitzender Nee begrüßt Frau Behrens, die Schulleiterin der Astrid-Lindgren-Schule in Edeweicht, und bittet sie, den Sachverhalt aus ihrer Sicht kurz darzustellen.

Frau Behrens teilt mit, dass man bereits in dem im letzten Jahr beschlossenen Raumprogramm auf eine Lehrküche und eine Trainingswohnung etc. verzichtet habe. Gemeinsam mit EKR Denker und Frau Miotk vom Schulamt habe man sich

zusammengesetzt und das nunmehr vorliegende Raumprogramm erarbeitet. Es handele sich um keinen Maximalbau und sicherlich werde man die gekürzten 1000 m<sup>2</sup> im Alltag merken, aber diese Kürzungen seien hinnehmbar. So seien die 26 Klassenräume zunächst mit einer Raumgröße von 70-75 m<sup>2</sup> geplant gewesen, um den komplexen Bedarfen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden und nun auf 62 m<sup>2</sup> angepasst worden. Die Differenzierungsräume seien derzeit mit einer Fläche von jeweils etwa 15 m<sup>2</sup> vorgesehen. Berücksichtige man, dass in einem solchen Raum beispielsweise ein Pflegebett untergebracht werden müsse, in dem sich ein Kind nach einem Anfall zurückziehen und erholen könne, werde deutlich, dass eine gleichzeitige Nutzung durch weitere Schülerinnen und Schüler nicht möglich sei. Vor diesem Hintergrund sei der in den bisherigen Beratungen vorgetragene Vorschlag, dass sich zwei Klassen einen Differenzierungsraum teilen, in der Praxis nicht umsetzbar. Vielmehr sei es aus pädagogischen und organisatorischen Gründen zwingend erforderlich, jedem Klassenraum einen eigenen Differenzierungsraum zuzuordnen. Im Weiteren sei über die Reduzierung der Küchenzeilen in den Klassenräumen diskutiert worden. Diese werden benötigt, um den Schülerinnen und Schülern alltagspraktische Fähigkeiten zu vermitteln, wie beispielsweise das Ein- und Ausräumen einer Spülmaschine, das Decken eines Frühstückstisches oder das Aufräumen. Lehrküchen seien zudem laut Curriculum verbindlich vorgesehen, um sicherzustellen, dass grundlegende Kompetenzen für gesellschaftliche Teilhabe sowie ein möglichst eigenverantwortliches Leben systematisch vermittelt werden können. Es sei im Weiteren ein Werkraum sowie ein Naturwissenschaftsraum gekürzt worden. Hier strebe die Schule eine Kooperation mit der BBS an. Durch die Reduzierung der Gesamtfläche um 1.000 m<sup>2</sup> sei das Raumangebot insgesamt deutlich verringert worden. Dies betreffe nicht nur die Klassen- und Differenzierungsräume, sondern z. B. auch die Flure und dies führe letztlich dazu, dass das Gebäude in seiner Gesamtheit kompakter ausfalle. Es handele sich bei dem vorliegenden Raumprogramm um ein angepasstes und verantwortungsvolles Konzept.

KA Lukoschus bedankt sich für die ausführlichen Informationen bei Frau Behrens, die aus seiner Sicht nachvollziehbar seien. Ihm sei es wichtig, dass mit dem Konzept der benötigte Bedarf, den eine GE-Förderschule mit sich bringe, sichergestellt sei. Mit Blick auf die angespannte Haushaltslage müsse nachvollziehbar sein, worauf sich diese Bedarfe beziehen und wie diese ermittelt worden seien. Er bedankt sich nochmals bei Frau Behrens für ihr Engagement und die Mitwirkung in den Planungen.

KA Köster führt aus, dass vor rund einem Jahr noch von geschätzten Baukosten in Höhe von 25 bis 30 Mio. Euro gesprochen worden sei und auf dieser Grundlage ein fachlich fundiertes Raumkonzept entwickelt wurde. Angesichts der angespannten Haushaltslage habe fraktionsübergreifend Einigkeit darüber bestanden, die zwingend erforderlichen Bedarfe zu definieren, die sich nun im vorliegenden Konzept widerspiegeln. Vor diesem Hintergrund stelle er sich die Frage, wie groß die tatsächlichen Verbesserungen gegenüber der aktuellen Situation an der Astrid-Lindgren-Schule in Edewecht ausfallen. Insbesondere interessiere ihn, welche konkreten Mehrwerte sich für die einzelnen Schülerinnen und Schüler ergeben und wie der Zugewinn in Bezug auf Raumqualität und pädagogische Möglichkeiten zu bewerten seien. Er betont, dass es nicht Ziel sein könne, lediglich eine Notlösung zu

schaffen, sondern es sei eine Planung zu realisieren, die den heutigen fachlichen Anforderungen und den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Umgang mit Menschen mit Behinderungen gerecht werden müsse. KA Köster bittet Frau Behrens um eine Einschätzung dazu, wie deutlich sich die Situation nach Umsetzung der Planung – insbesondere hinsichtlich Raumangebot, Ausstattung und Differenzierungsmöglichkeiten – im Vergleich zum derzeitigen Stand verbessern werde.

Frau Behrens führt aus, dass es für die Gemeinden als auch für die Elternschaft – die sie hier ebenfalls vertrete – ein zentraler Aspekt sei, einen möglichst günstig gelegenen Standort im Ammerland für alle sechs beteiligten Kommunen zu finden. In diesem Zusammenhang wurde der Standort Rostrup in den Fokus genommen, da er aus Sicht aller Beteiligten deutliche Vorteile biete. Insbesondere mit Blick auf die Schülerbeförderung werde sich zeigen, dass die Kinder aus den verschiedenen, teils weiter entfernten Ortschaften von einem zentraleren Standort profitieren werden. Ziel sei es, die Schulwege für alle Schülerinnen und Schüler insgesamt zumutbarer und ausgewogener zu gestalten. Das aktuell vorliegende Raumkonzept stelle im Vergleich zur bestehenden Gebäudesituation eine erhebliche Verbesserung dar. Viele der heute hier Anwesenden würden das derzeit genutzte Schulgebäude in Edewecht aus eigener Anschauung kennen. Aus pädagogischer Perspektive sei festzustellen, dass die bestehenden räumlichen Bedingungen den Anforderungen an eine zeitgemäße Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Unterstützungsbedarf nur unzureichend gerecht werde. So bestünden beispielsweise weiterhin bauliche Barrieren: Einige Gebäudeteile seien für mobilitätseingeschränkte Schülerinnen und Schüler nicht erreichbar, da entsprechende Aufzugsanlagen fehlen. Vorhandene Liftsysteme seien teilweise nur provisorisch eingerichtet und in ihrer Nutzung sehr zeitaufwendig, was den Schulalltag zusätzlich erschwere. Auch grundlegende Ausstattungsmerkmale, wie z.B. automatische Türöffner, seien nicht vorhanden. Im Weiteren komme ein deutlicher Mangel an geeigneten Pflege- und Therapieräumen hinzu. Ebenso würden in vielen Klassenräumen notwendige Differenzierungs- und Lagermöglichkeiten fehlen. In der Praxis führe dies dazu, dass Hilfsmittel wie Steh- oder Gehtrainer in Fluren untergebracht werden müssen, da geeignete Abstellflächen fehlen. Teilweise würden Räume mehrfach und parallel für unterschiedliche Zwecke genutzt, etwa wenn mehrere Schülerinnen und Schüler nacheinander oder gleichzeitig auf Pflegebetten angewiesen seien.

Frau Behrens hebt hervor, dass trotz dieser Bedingungen die Schülerinnen und Schüler täglich die Schule besuchen und die Eltern der Einrichtung ihr Vertrauen schenken. Das Kollegium arbeite unter den gegebenen Umständen mit großem Engagement, dennoch seien die strukturellen Defizite offensichtlich und langfristig nicht tragbar. Zu den baulichen und technischen Fragen, insbesondere im Hinblick auf den Zustand des bestehenden Gebäudes, könne sie keine weiteren Informationen geben, da dies nicht in ihren fachlichen Kompetenzen liege. Es sei jedoch bekannt, dass in Bereichen wie Heizung, Fenstern und energetischer Ausstattung erheblicher Sanierungsbedarf bestehe. Teilweise werde bereits darauf verwiesen, dass umfassendere Maßnahmen erst im Zuge einer zukünftigen Nutzungsperspektive sinnvoll erscheinen. In diesem Zusammenhang biete ein Neubau auch die Chance, moderne energetische Standards umzusetzen und damit einen Beitrag zu Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung zu leisten. Nähere

Einzelheiten hierzu könnten sicherlich im Bauausschuss genannt werden. Aus pädagogischer Sicht sei klar festzuhalten, dass das vorliegende Raumkonzept eine deutliche Verbesserung für die Förderung und den Unterricht der Schülerinnen und Schüler darstelle und somit einen wichtigen Schritt in Richtung einer zukunftsfähigen schulischen Infrastruktur bedeute.

KA Stolle betont, dass genau diese Aspekte Anlass dafür waren, sich intensiv mit dem Vorhaben zu befassen und die wesentlichen Punkte in den Fokus zu rücken. Die bisherigen Ausführungen hätten deutlich gemacht, dass die ursprüngliche Planung in Teilen eher wünschenswerte Zusatzangebote („Nice-to-have“) enthielten, die zwar grundsätzlich begrüßenswert wären, jedoch unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen nicht finanzierbar seien. Vor diesem Hintergrund gebe es letztlich nur zwei Optionen: Entweder man nehme eine verantwortungsvolle Reduzierung der Planung vor oder man verwerfe das Vorhaben insgesamt. Nach den Beratungen innerhalb der Fraktion sowie im Austausch mit der Verwaltung sei deutlich geworden, dass die vorgenommene Reduzierung mit Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein erfolgt sei. Auch wenn einzelne Aspekte aus fachlicher Sicht sicherlich großzügiger hätten ausfallen können, komme man dennoch zu der Einschätzung, dass das vorliegende Konzept die wesentlichen pädagogischen Anforderungen abbilde, was aus ihrer Sicht die zentrale Voraussetzung sei. KA Stolle stellt fest, dass deutlich geworden sei, dass die Planung insbesondere den Menschen zugutekomme, die täglich in der Förderschule arbeiten und lernen – den Schülerinnen und Schülern, den Lehrkräften sowie den unterstützenden Fachkräften. Ziel müsse es sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, die anspruchsvolle pädagogische Arbeit unter besseren Voraussetzungen zu leisten und damit auch die Zufriedenheit der Beteiligten zu erhöhen. Gerade im Bereich der sonderpädagogischen Förderung sei es erforderlich, flexibel auf unterschiedliche Bedarfe reagieren zu können, die sich je nach Jahrgang und individueller Situation der Schülerinnen und Schüler verändern. Insofern sei es wichtig, dass vorhandene Funktions- und Förderräume vielseitig und bedarfsgerecht genutzt werden können. Abschließend sei festzustellen, dass mit der vorgelegten Planung ein verantwortungsvolles Konzept vorgelegt worden sei, welches sowohl den finanziellen Rahmenbedingungen als auch den pädagogischen Erfordernissen gerecht werde.

KA von Essen bedankt sich bei Frau Behrens für ihren Bericht und die wertvollen Einblicke in die aktuellen Planungen. Er kritisiert, dass diese Informationen nicht im Vorfeld zur Verfügung gestellt worden seien. Der Vortrag gebe einen spontanen Überblick, der es nicht ermögliche, eine fundierte Entscheidung zu treffen. Besonders kritisch sehe er die aktuelle Planungsfassung, die den Eindruck erweckt, als würden man eine "reduzierte Fassung der reduzierten Fassung" beschließen. Nach seiner Meinung nach würde man die Qualität und den Umfang des Projekts möglicherweise schmälern. Unabhängig von den vorherigen Varianten entstehe seiner Meinung nach eine hervorragende Schule, auch wenn es sich nicht um einen Maximalbau oder ein "Nice-to-have" handle. In Anbetracht der aktuellen Finanzlage und der erheblichen Investitionssumme, die für das Schulbauprojekt vorgesehen sei, liege es in der Verantwortung der Kreistagsabgeordneten, die Verwendung der Mittel genau zu prüfen. Es stehe außer Frage, dass die Schule dringend benötigt werde. Allerdings fehlen aus seiner Sicht detaillierte Informationen zur Aufschlüsselung der Reduzierungen, deren Begründungen und die Auswirkungen auf das Gesamtprojekt.

Ohne eine entsprechende Synopse, die diese Aspekte vergleiche und nachvollziehbar mache, sei es nicht möglich, eine verantwortungsbewusste Entscheidung zu treffen.

KA Pfeiffer schließt sich den Ausführungen von KA von Essen an. Die Anforderungen an eine GE-Förderschule seien sicherlich nicht mit einer Regelschule vergleichbar, wie von Frau Behrens ausführlich dargestellt. In Bezug auf die Vorlage und der dort genannte Ausstattung und Außenanlagen frage er sich, ob diese Kosten in der vorliegenden Kalkulation enthalten seien.

KR Dr. Jürgens teilt mit, dass hierüber im Ausschuss Feuerschutz- und Bauwesen genauer berichtet werde. In der Kostenschätzung seien bis auf die Möblierung, alle Kosten wie z. B. die festen Einbauküchen, die Außenanlagen und Parkplätze enthalten.

KA Schmidt teilt mit, dass ihn die Ausführungen von Frau Behrens beruhigt hätten, dass trotz der vorgenommenen Reduzierungen mit dem Bau ein deutlicher Mehrwert zur jetzigen Situation erreicht werde. Seiner Meinung nach müsse den Fachleuten, die dieses Konzept erstellt hätten, vertraut werden. Der Beschlussvorschlag sei zu unterstützen.

KA Bischoff ist der Auffassung, dass der abgelaufene Planungsprozess aus ihrer Sicht nachvollziehbar und transparent verlaufen sei. Zu Beginn der Planungen habe man selbstverständlich versucht, alle Wünsche und Bedarfe in vollem Umfang zu berücksichtigen. Im Laufe des Prozesses habe man jedoch Prioritäten setzen und an einigen Stellen Abstriche sowie Kompromisse eingehen müssen, um ein realistisches und umsetzbares Konzept zu erstellen. Das jetzt vorliegende Konzept, welches von Frau Behrens bestätigt wurde, stelle eine wesentliche Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation dar. Sie betont, dass man den Ausführungen der Verwaltung vertrauen und auf Grundlage der vorgelegten Informationen die weiteren Schritte einleiten könne. Alle anwesenden Kreistagsabgeordneten seien sich einig, dass die jetzige Situation an der Astrid-Lindgren-Schule für die Schülerinnen und Schüler nicht länger tragbar sei. Ein Neubau sei dringend notwendig, um den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden und eine angemessene Lernumgebung zu schaffen.

KA Maria Bruns erklärt, dass Einigkeit darüber bestehe, dass eine Verbesserung der aktuellen Situation notwendig sei und dies durch einen Neubau erreicht werden müsse. Es gelte, gleichzeitig aber, einen notwendigen und angemessenen Standard für die Schule sicherzustellen, der den wirtschaftlichen Rahmen einhalte. Es stelle sich Frage, ob das vorliegende Konzept noch Spielraum für Anpassungen biete oder bereits den vorgegebenen Mindeststandard enthalte.

Vors. Nee erklärt, dass diese Frage im Rahmen der Ausführungen im Ausschuss für Feuerschutz- und Bauwesen beantwortet werde.

KA Köster fragt nach, ob mit dem Neubau mehr Fläche pro Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehen. Er habe die Erwartung, dass mit dem Neubau ein großzügigeres Platzangebot geschaffen werde.

Frau Behrens führt aus, dass durch die Konzentration auf einen Standort Synergieeffekte erreicht werden, da Ressourcen wie Lehrerzimmer, Verwaltungsbereiche und Therapieräume effizienter genutzt werden können. Dies führe zu einer besseren Betreuung der Kinder und einer optimierten Raumauslastung. Die Reduzierungen der Unterrichtsräume um 200 Quadratmeter ergeben sich aus kleineren Klassenräumen, während die Kürzung der Differenzierungsräume um 25 Quadratmeter auf kleinere Differenzierungsräume zurückzuführen sei. Bei den Fachunterrichtsräumen wurden 600 Quadratmeter eingespart, unter anderem durch den Wegfall einer Lehrküche, eines Werkraums, eines Naturwissenschaftsraums, eines Musikraums und eines Haushaltsraums. Besonders kritisch seien die Musikräume, von denen nur zwei für 26 Klassen vorgesehen seien. Weitere Kürzungen würden zu erheblichen Problemen führen. Als Kompromiss könnten Sammlungsräume genutzt werden, um Materialien in die Klassenräume zu bringen. Der Wegfall eines Naturwissenschaftsraums würde das Curriculum einschränken, insbesondere ab der 5. Klasse, wo Naturwissenschaften unterrichtet werden. Die Lehrküche wurde um 30 Quadratmeter verkleinert, indem die Küchenzeile in den Flur verlegt wurde. Zudem wurden 200 Quadratmeter Gemeinschaftsflächen eingespart, da das Gebäude insgesamt kompakter geplant wurde. Die Reduzierungen seien das Ergebnis intensiver Diskussionen und Abwägungen zwischen verschiedenen Interessen und Anforderungen. Weitere Kürzungen würden zu erheblichen Einschränkungen der Unterrichtsqualität führen. Das aktuelle Konzept stelle einen verantwortungsvollen Mittelweg dar, der die Bedürfnisse der Kinder, die Unterrichtsverpflichtungen und die therapeutischen Angebote berücksichtige.

KA Lukoschus fragt nach, wie es in Bezug auf die Realisierung des Baus weitergehe, wenn es zu keiner Beschlussfassung komme.

KA Kramer drückt sein Unverständnis über diese Diskussion aus. Von Anfang an sei klar gewesen, dass das Raumkonzept speziell auf die Bedürfnisse der Kinder ausgerichtet sein müsse, anders als bei Kindern, die eine Regelschule besuchen. Die erste Planung habe ihn zunächst überrascht, da er nicht sicher gewesen sei, wie die Umsetzung aussehen würde. Allerdings haben die neuen Unterlagen gezeigt, dass alle notwendigen Anforderungen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen berücksichtigt werden. Dies umfasse alle relevanten Raumkonzepte und Differenzierungsräume. Er plädiere dafür, den Beschluss zu fassen. Es sei an der Zeit, das Projekt voranzubringen.

KA Maria Bruns merkt an, dass man sich bei einem geplanten Budget von 43 Millionen Euro die Frage stellen müsse, ob das Projekt noch kostengünstiger realisiert werden könne. Der Bauausschuss müsse prüfen, ob weitere Einsparungen möglich seien. Um dies beurteilen zu können, müssten im Vorfeld die genauen Raumbedarfe geklärt werden und dies sei die Aufgabe des Schulausschusses. Eine zentrale Frage sei, ob jeder Klassenraum einen eigenen Differenzierungsraum benötige oder ob sich zwei Klassen einen solchen Raum teilen können. Ein weiteres Problem sei ihrer Meinung nach die Ausstattung der Differenzierungsräume, da diese ein Bett umfassen müssen. Laut den Planungsunterlagen gebe es in jedem Sekundarbereich – sowohl im Erdgeschoss als auch im Obergeschoss – einen Erste-Hilfe-Raum, in denen sicherlich ein Bett vorhanden sei. Im Weiteren gebe es für

jedes Cluster einen Mehrzweck- und Versammlungsraum. Sie hinterfragt kritisch, ob dies wirklich notwendig sei oder durch gemeinschaftliche Nutzung Kürzungen vorgenommen werden könnten. Zusammenfassend lasse sich sagen, dass eine detaillierte Planung der Raumbedarfe und eine kritische Prüfung der Ausstattungsmerkmale notwendig sei, um mögliche Kosteneinsparungen zu identifizieren. Gleichzeitig müsse sichergestellt werden, dass alle pädagogischen und organisatorischen Anforderungen erfüllt werden.

KR Dr. Jürgens berichtet, dass in den letzten Wochen fast täglich Absprachen mit den Planern, schulfachlichen Beratern und den Nutzern der Förderschule stattgefunden hätten. Dabei sei man zu dem Schluss gekommen, dass keine weiteren Reduzierungen möglich seien und das vorliegende Konzept sowohl schulfachlich als auch kostentechnisch bewertet worden sei. Um die Kosten zu optimieren, habe man den einfachsten Standard bei gleichbleibender pädagogischer Qualität gewählt. Dazu zählten beispielsweise die Auswahl anderer Baustoffe und die Entscheidung, die Fassade nicht mehr zu verkleinern, sondern zu verputzen. Damit sei sichergestellt, dass das Projekt sowohl pädagogisch als auch wirtschaftlich tragbar sei.

EKR Denker ergänzt, dass die angesprochenen Versammlungsflächen ausdrücklich in die Betrachtungen und Beratungen einbezogen worden seien. Diese seien unter Berücksichtigung des pädagogischen Konzepts notwendig und wurden entsprechend berücksichtigt. Weiterhin betont er, dass es aus pädagogischer Sicht unerlässlich sei, zukunftsorientiert zu planen und zu bauen, da sich Schulkonzepte und Unterrichtsformen ständig weiterentwickeln werden.

KA Miks teilt mit, dass man sich seinerzeit bereits auf einen Neubau verständigt habe, der die besonderen Bedarfe und Anforderungen berücksichtigen müsse. Sie gehe davon aus, dass das angepasste Konzept alle notwendigen Bedürfnisse und Anforderungen einer GE-Förderschule enthalte. Sie plädiere dafür einen Beschluss zu fassen, um die weitere Planung auf den Weg zu bringen.

KA Pfeiffer beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, sich intern zu beraten.

Vorsitzender Nee informiert, dass vereinbarungsgemäß zunächst die Ausführungen und Beratungen zu Top 8 des Ausschusses für Feuerschutz- und Bauwesen folgen werden. Im Anschluss daran werde die Sitzung zu Beratungszwecken unterbrochen.

*Hinweis: Der Ausschuss für Feuerschutz- und Bauwesen berät sodann den Top 8 und der Schulausschuss ist zugegen.*

Vors. Nee unterbricht nach den Beratungen des Top 8 des Ausschusses für Feuerschutz- und Bauwesen die Sitzung des Schulausschusses um 19:48 Uhr, um den Fraktionsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich kurz zu beraten.

Vors. Nee führt um 20:02 die Sitzung fort und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Es wird einstimmig beschlossen:

Das geänderte Raumprogramm für den Neubau der Astrid-Lindgren-Schule in Rostrup wird in der vorliegenden Form beschlossen.

**Zu TOP 8    Mitteilungen der Landrätin**

Keine Mitteilungen.

**Zu TOP 9    Anfragen und Hinweise**

Keine Anfragen und Hinweise.

**Zu TOP 10   Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

**Zu TOP 11   Schließung der öffentlichen Sitzung**

Vors. Nee schließt die öffentliche Sitzung um 20:04 Uhr.